

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Gewaltverherrlichende Mixed Martial Arts-Veranstaltungen untersagen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. rechtliche Hinweise zur Untersagung von Mixed Martial Arts-Veranstaltungen zu erarbeiten und diese den Kommunen zur Verfügung zu stellen;
2. zu prüfen, ob im Landes- oder Bundesrecht gesetzliche Präzisierungen erforderlich sind, um derartige Veranstaltungen rechtssicher zu untersagen und
3. den Landtag über ggf. erforderliche Gesetzesänderungen zu unterrichten.

Harry Glawe und Fraktion

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Begründung:

MMA ist im Wesentlichen ein Mix aus verschiedenen Kampfsportarten, wobei auch am Boden liegende Gegner geschlagen und getreten werden dürfen. Die Gegner treten ohne jegliche Schutzkleidung gegeneinander an.

Unter dem Deckmantel des Sports verherrlicht MMA extremste Gewalt. Im Mittelpunkt der kommerziellen Wettkampfveranstaltungen in den USA steht die Inszenierung brutalster Gewalt. Dies können und dürfen wir in Deutschland nicht gesellschaftsfähig werden lassen.

Stadträte in Köln und Frankfurt am Main lehnten im Juni 2009 MMA-Veranstaltungen ab. Der Bayerische Landtag forderte im Mai 2009 ein Verbot derartiger Veranstaltungen. Der Berliner Innensenator kämpft gegen eine im Dezember geplante Veranstaltung in der Bundeshauptstadt. Bisher ließen sich Veranstaltungen nicht völlig verbieten. Allerdings wurde der Zugang zu solchen Veranstaltungen auf Zuschauer über 18 Jahre beschränkt. Anlässlich der ersten öffentlichen Veranstaltungen von Mixed Martial Arts (MMA) wurde umfassend über den Gewaltaspekt dieser vorgeblichen Sportart diskutiert.

Es muss alles getan werden, um MMA in Deutschland nicht länger zuzulassen. Städte und Gemeinden sind einerseits deshalb aufgerufen, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um entsprechende Veranstaltungen zu untersagen. Dabei muss ihnen das Land unterstützend zur Seite stehen.

Gleichzeitig ist zu prüfen, ob rechtliche Anpassungen im Landesrecht und/oder Bundesrecht erforderlich sind, um einen rechtsstaatlich sicheren Weg für ein Verbot für MMA-Veranstaltungen zu finden.

Die Inszenierung der Kämpfe, der martialische Auftritt, das Spektakel um die Veranstaltungen legen eine Gewaltverherrlichung offen, die wir nicht dulden dürfen.